

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 11

Artikel: "Armut gibt es hier, in der Schweiz" : Gespräch
Autor: Perrenoud, Philippe
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390094>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• **NW:** *Philippe Perrenoud, Sie wollen die Zahl der Armutsbetroffenen im Kanton Bern innerhalb von zehn Jahren halbieren. Wie kann dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden?*

PP: Zuerst muss man einmal feststellen, wie die Armut im Kanton Bern aussieht. Bei meinem Amtsantritt vor drei Jahren gab es starke Angriffe gegen die Sozialhilfe, die Debatte drehte sich vor allem um Missbräuche. Daher haben wir 2008 einen Sozialbericht vorgelegt, um die Sozialpolitik zu versachlichen, vor allem in Bezug auf die Armut. Gleichzeitig wollten wir den Armutsbetroffenen eine Stimme geben, denn hier gibt es viele Vorurteile.



Der Sozialbericht basiert auf den Steuerdaten von 2006, er stellt also eine Momentaufnahme dar. Wenn man dieses Bild der Armut anschaut, zeigen sich erschreckende Zahlen. Wir stützten uns auf die europaweit anerkannte Definition vom verfügbaren Einkommen, das für den Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Auf dieser Basis sind im Kanton Bern 7 Prozent der Bevölkerung arm und weitere 5 Prozent leben prekär. Das heisst, 12 Prozent der Bevölkerung im Kanton Bern sind von Armut betroffen oder bedroht. Das hat aufgeschreckt.

NW-Gespräch mit Philippe Perrenoud

«Armut gibt es hier, in der Schweiz»

Der «Sozialbericht 2008» der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) des Kantons Bern zeigt Erschreckendes: Im Kanton Bern leben 90 000 Menschen in Armut oder an der Schwelle dazu. Damit sind rund sieben Prozent der Haushalte arm und weitere fünf Prozent armutsgefährdet. Die Analyse zeigt, dass ein grosser Teil der Betroffenen Kinder sind.

Neben der Statistik geht die Studie der GEF ganz neue Wege: In einem zweiten Teil des Berichts werden Interviews mit armutsbetroffenen Menschen dokumentiert. Sie schildern ihre Situation und sprechen über ihre Ängste und Hoffnungen.

Susanne Bachmann sprach anlässlich des Welttages zur Überwindung der Armut mit Regierungsrat Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern, der selbst aus ärmlichen Verhältnissen und einer Arbeiterfamilie stammt. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der armutsbetroffenen Personen im Kanton Bern innerhalb von zehn Jahren zu halbieren. Dazu will er die Armutsprävention ganz oben auf die politische Agenda setzen.

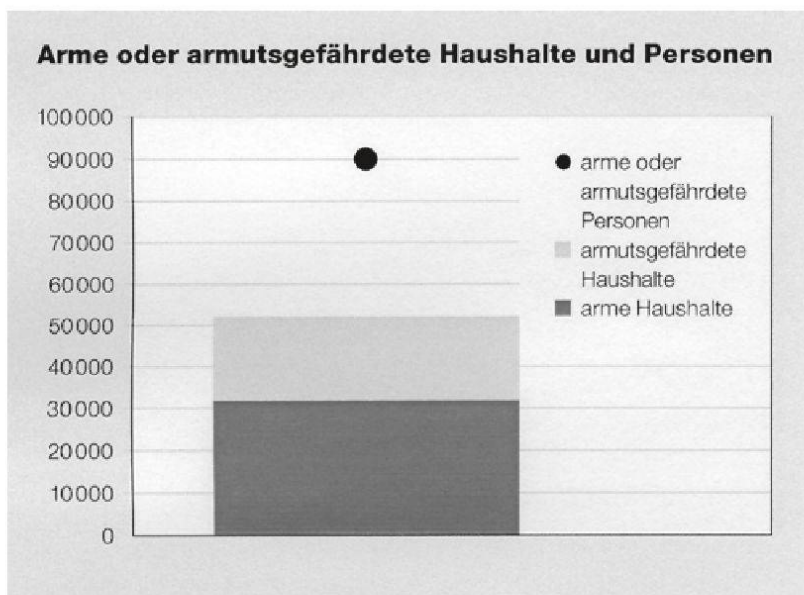
Wir bleiben hier nicht stehen, 2010 werden wir einen weiteren Sozialbericht vorlegen, um die Entwicklung untersuchen zu können. Ein Ergebnis des aktuellen Berichts ist, dass Armut sich vererbt, natürlich nicht genetisch, sondern insofern, dass Kinder armer Eltern geringere Chancen haben, in materielle Sicherheit zu leben, als Kinder aus wohlhabenden Verhältnissen. Wir ge-

ziehende, fast immer sind das Frauen, die von Armut betroffen sind, obwohl sie oft einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen – und die Working Poor, also Personen, die voll arbeiten, aber trotzdem nicht genug zum Leben verdienen. Der dritte Schwerpunkt ist die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Sozialbericht zeigt, dass man die Vereinbarkeit fördern muss. Gegenwärtig erarbeiten wir einen Familienbericht zu Händen des Parlaments, der auch Massnahmen gegen Armut vorschlagen wird.

Die Armut in zehn Jahren zu halbieren, das ist ein hohes Ziel, dessen bin ich mir bewusst. Aber in der Politik gibt es all zu oft die Tendenz, sehr kurzfristig zu denken, auch aus wahltaktischen Überlegungen. Dieses kurzfristige Denken möchte ich durchbrechen. Auch wenn mir bei den Wahlen etwas Schlechtes passieren sollte, soll der eingeschlagene Weg der Armutsbekämpfung weitergehen. Ich denke, man muss den Acker vorbereiten, wenn man säen und ernten will. Das ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Aber nicht nur – ich bin schliesslich auch Gesundheitsdirektor. Der neue Gesundheitsbericht, der sich erstmals auch mit der sozialen Ungleichheit im Kanton Bern befasst, wird zeigen, dass bei Kindern, die von Armut betroffen sind, auch die gesundheitlichen Probleme häufiger und grösser sind. Soziale Schwierigkeiten und Gesundheitsprobleme hängen eng zusammen.

Der Sozialbericht schlägt neben dem Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung und von Beschäftigungsprogrammen im Rahmen der Sozialhilfe sowie von Integrationsmassnahmen für Migrantinnen vor, die Früherkennung bei Kindern im Vorschulalter zu verbessern. Was ist damit genau gemeint?

Werden bei Kindern soziale Probleme nicht rechtzeitig erkannt, werden die Schwierigkeiten später grösser. Von gewissen Parteien wird immer wieder Ei-



Statistiken aus: *Berner Sozialbericht «Armut im Kanton Bern kurz erklärt».*

Der Berner Sozialbericht 2008 kann unter www.be.ch/sozialbericht heruntergeladen oder in Papierform gratis unter info.rekure@gef.be.ch bestellt werden.

hen davon aus, dass der zweite Sozialbericht dieses Ergebnis bestätigt. Auch von meinem Hintergrund aus der Sozialpsychiatrie her denke ich, dass sich das bestätigen wird.

Welche Massnahmen schlagen Sie in dieser Situation vor?

Der erste Teil der Arbeit ist, die Situation zu analysieren und Ursachen aufzuzeigen, um auf dieser Basis als zweiten Schritt einen politischen Konsens für Massnahmen finden zu können. Wir haben im Juni VertreterInnen der Wirtschaft und der Partner aus dem Sozialbereich auf einen Sozialgipfeleingeladen, um zusammen Strategien zur Armutsbekämpfung zu überlegen.

Ein zentraler Ansatz der Armutsbekämpfung ist die Prävention. Ich sehe drei Schwerpunkte: Die Alleinerziehenden – es gibt erschreckend viele Alleiner-

genverantwortung eingefordert. Meine Frage ist, wie wir sicher sein können, dass die Menschen die Sozialkompetenz haben, um die Eigenverantwortung wahrnehmen zu können. Daher scheint mir wichtig, die Sozialkompetenz zu fördern. Einerseits in der Schule, aber da diese nicht alles übernehmen kann, braucht es ergänzende Angebote für Familien. Wir wollen insbesondere die Rolle der Mütter- und Väterberatungsstellen stärken.

Es gibt bereits ein breites Angebot an Unterstützung neben Sozialhilfe, IV und Arbeitslosengeld: Kinderzulagen, Prämienverbilligung, Suchtprävention usw. Sind diese Angebote ungenügend?

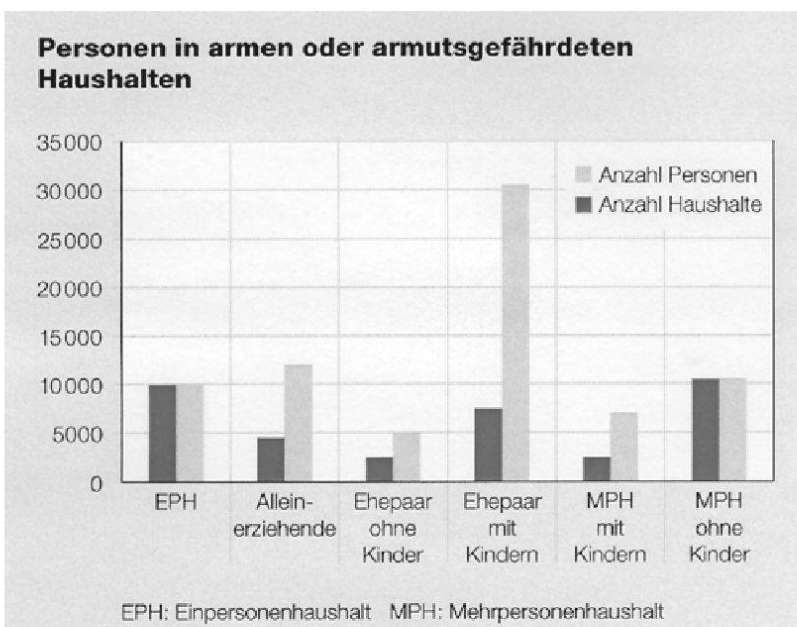
Man muss hier Prioritäten setzen und die verschiedenen Angebote besser vernetzen. Ich will das mit einem Beispiel illustrieren, das zwar nicht direkt das Thema Armut betrifft, aber sehr aktuell ist: die Jugendarbeitslosigkeit. Hier überlegen wir Lösungen, auch wenn der Bund gerade Massnahmen trifft, die mir Sorgen machen: Man überwälzt wieder Kosten auf die Sozialhilfe anstatt sich bei der Arbeitslosenversicherung bessere Anreize zu überlegen. Die Betroffenen zwischen IV, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe hin und her zu schieben macht wenig Sinn.

Man muss wissen, dass zwischen 2004 und 2006 20 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung Leistungen der ALV, IV oder Sozialhilfe bezogen haben. Das ist massiv – in Zeiten der Hochkonjunktur. Was passiert jetzt in der Krise? Am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit sieht man deutlich, dass hier etwas getan werden muss. Ein durchlässigeres System zwischen erstem und ergänzendem Arbeitsmarkt ist nötig. Wir sind daran, zu überlegen, wie man das System durchlässiger gestalten kann. Das wird noch einen Paradigmenwechsel brauchen in der Politik. Und den muss man begleiten mit einem solchen Sozialbericht.

Sie haben eben erwähnt, dass der Sozialbericht zeigt: Armut wird vererbt. Haben Sie Vorschläge, wie das durchbrochen werden kann?

Eine Direktion allein kann hier sicher wenig ausrichten. Zuerst müssen die Leute die Problematik verstehen, es geht also um Bewusstseinsbildung. Und es geht um Chancengleichheit. Wir sollten bestimmte Vorstellungen korrigieren und gleichzeitig den armutsbetroffenen Menschen Möglichkeiten bieten, wieder Fuss zu fassen. Ein Weg dahin ist Bildung. Vor kurzem habe ich eine Reportage über La Chaux-de-Fonds gesehen, dort gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit. Ein Schüler wurde gefragt, was die wichtigste Massnahme für ihn sei, und er hat nicht gesagt, er brauche Geld, sondern Bildung.

Wenn man Armutsbetroffene fragt, was sie brauchen, fordern sie nicht mehr Geld, sondern sie wollen Anerkennung und Wege finden, wie sie wieder eine Chance auf einen Beruf erhalten. Sie brauchen also Stützen, auf die sie aufbauen können. Sie wollen einen Platz in der Gesellschaft.



Die Menschen brauchen einen gewissen Rückhalt, auch für den Fall, wenn etwas Gravierendes passiert. Man sieht das im zweiten Teil des Sozialberichts:

Für viele folgt der Rutsch in die Armut, wenn sie schwer erkranken oder eine Operation brauchen. Es wird zu wenig wahrgenommen, dass die Gesellschaft ihre Schutzfunktion besser wahrnehmen sollte, dass sie ihrer Verantwortung in gewissen Fällen nicht gerecht wird.

mutsbetroffene Leute sich zurückziehen und nicht mehr an der Gesellschaft teilhaben. Wir müssen hier ansetzen. Hilfe zur Selbsthilfe ist auch ein Ansatz bei der Armutsbekämpfung, damit Armutsbetroffene neue Wege für sich selbst suchen können.

Und es ist wichtig, die Betroffenen einzubeziehen: «Was meint ihr, was wir machen sollen?» Betroffene einladen, Vorschläge zu machen, das hat die Politik bisher vernachlässigt.

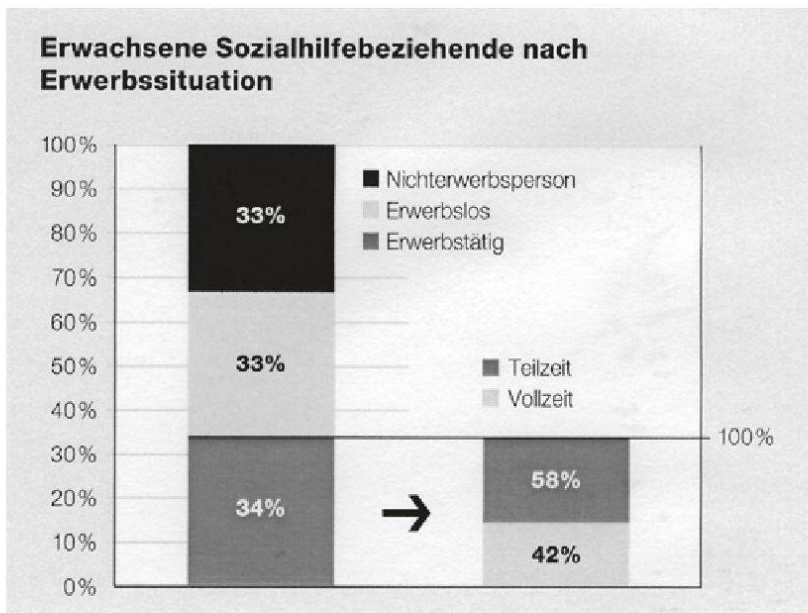
Ich habe mit Armutsbetroffenen gesprochen. Ihre wichtigste Botschaft ist: «Ich lebe, ich existiere, und niemand weiss es.» Wenn wir diese Botschaft weitergeben können, sind wir schon einen Schritt weiter. Wir arbeiten daher zusammen mit der Bewegung «ATD Vierte Welt», denn wir wollen zeigen: Armut gibt es hier, in der Schweiz.

Ein grosses Problem ist, dass viele Betroffene nicht erreicht werden, weil sie aus Scham und Angst vor Stigmatisierung keine Unterstützung in Anspruch nehmen. Was schlagen Sie hier vor?

Der Kanton Bern bildet keinen homogenen Raum: In der Stadt und auf dem Land gibt es unterschiedliche Bedürfnisse. In einer kleinen Gemeinde wird es anders erlebt, wenn jemand arm ist, als in der Anonymität der Städte.

Das war übrigens genau eine unserer Fragestellungen: Sind wir sicher, dass wir den Zugang zu den Betroffenen haben? Wir sind noch nicht am Ende mit unserer Antwort...

Vor etwa drei Monaten war ich in einer Gemeinde für eine sozialpolitische Diskussionsveranstaltung. Der Sozialbericht hat dort etwas bewirkt, die Leute sagten, dass sie in ihrer Gemeinde andere Angebote für Armutsbetroffene brauchen. Sie legten den Fokus auf Jugendliche, denn es gibt dort Schwierigkeiten mit Jugendlichen, die Probleme machen, randalieren. Statt diese Jugendlichen zu stigmatisieren, wird versucht, sie zu integrieren, wieder Ju-



Der Sozialbericht stellt auf das verfügbare Einkommen ab. Armut bedeutet jedoch nicht nur, über unzureichende finanzielle Mittel zu verfügen. Wie kann man der anderen Dimension von Armut begegnen, also dem drohenden sozialen Ausschluss und dem schlechteren Zugang zu Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Bildung?

Ich denke hier vor allem an das Motto «Hilfe zur Selbsthilfe». Gesellschaftlich gedacht bedeutet das, einander zu helfen. Deshalb habe ich auch gerade hier in meiner Direktion mehr Gelder für Selbsthilfegruppen gesprochen. Das betrifft nicht unbedingt Armutsbetroffene, aber zum Beispiel Leute, die von einer Krankheit betroffen sind. Mit wenig Geld kann man hier eine grosse Wirkung erzielen. Die Leute lernen, sich gegenseitig zu helfen und gemeinsam Ideen zu entwickeln. Sie stärken ihre Sozialkompetenz.

Bei Armut ist die grosse Gefahr die gesellschaftliche Isolation, also dass ar-

gendtreffs zu öffnen, die Probleme anzugehen und gemeinsam mit den Jugendlichen Lösungen zu finden, die ihnen entsprechen – das scheint mir sehr wichtig.

Die öffentliche Debatte denkt gegenwärtig beim Stichwort «Sozialhilfe» sofort den «Betrug» mit. Können Sie in diesem Klima Mehrheiten für Ihre Vorschläge zur Armutsbekämpfung finden?

Um das Vertrauen in die Sozialhilfe wieder zurückzuholen, habe ich den Missbrauch enttabuisiert. Missbrauch muss bestraft werden. Es gibt überall Leute, die missbrauchen – sie stellen aber eine klitzekleine Minderheit dar. Wir haben SozialhilfeinspektorenInnen eingeführt, sie sollen hier wieder Vertrauen schaffen.

Es gibt viele ehrliche Leute, die unter dieser Missbrauchsdebatte leiden. Es gibt inzwischen schon einzelne Stimmen, die sagen: «Wenn man uns immer so beschuldigt, möchte man langsam wirklich Missbrauch treiben.» Die dauernden Anschuldigungen sind für viele Menschen unerträglich.

Meine Frage zielte auf die politische Unterstützung. Wir müssen damit rechnen, dass in den kommenden Monaten die Arbeitslosenzahlen steigen, die Kaufkraft weiter sinkt und damit die öffentlichen Einnahmen sinken. Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise dürfte es schwierig werden, Mehrheiten für eine Strategie der Armutsbekämpfung zu finden. Sie sagten im April, Sie wollen alles daran setzen, den politischen Willen zu wecken. Wer hat inzwischen Zustimmung signalisiert?

Von allen Parteien wurde Interesse am Sozialbericht signalisiert, von der SVP bis zur FDP. Sie haben gesehen, dass es wirklich ein Problem ist, das angegangen werden muss. Langsam wächst das Bewusstsein für die Problematik. Die Schattenseite unserer Gesellschaft – sie existiert doch. Ich bin überzeugt, dass wir hier Mehrheiten finden und Mass-

nahmen realisieren können. Deshalb muss man die Debatte versachlichen.

Müsste man nicht auch den Reichtum begrenzen, wie es die Juso gerade mit ihrer 1:12-Initiative fordert?

Diese Initiative wird sicherlich vieles bewirken, um die Exzesse zu bekämpfen. Für mich lautet die zentrale Frage: Wie gestalten wir die Umverteilung, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken? In der Börsen-Euphorie meinten viele: Wenn die Unternehmungen immer mehr Geld machen können, erhöht sich die Produktivität, und daraus gibt es schliesslich mehr Wohlstand und Arbeitsplätze. Aber was ist passiert? Die Finanzjongleure haben das Geld verspielt und fast alles verloren, und nun müssen wir alle die Zeche bezahlen. Wir brauchen eine grundsätzliche Sanierung der Volkswirtschaft durch international definierte Regelungen der Finanzmärkte.

Es gibt Stimmen, die sagen, für eine nachhaltige Armutsbekämpfung müsste das Konzept der «freien Marktwirtschaft» grundsätzlich in Frage gestellt werden. Sonst seien alle Forderungen nach Überwindung der Armut utopisch und unrealistisch. Wie sehen Sie das?

Sie haben das Stichwort genannt: nachhaltig. Was ist weltweite Nachhaltigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Glauben wir, eine Gesellschaft weiterentwickeln zu können, in der fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung 95 Prozent des Reichtums besitzt, und in der der Rest mit praktisch nichts umgehen muss? Ich glaube nicht. Unvernunft ist nichtnachhaltig. ●